

XX. Beirat beim Ortsamt Burglesum
Niederschrift über die 7. Beiratssitzung am 28.01.2020
Sitzungsraum des Ortesamtes Burglesum, Oberreihe 2, 28717 Bremen
Beginn 19:00 Uhr – Ende 21:30 Uhr

Anwesend waren
die Damen und Herren Beiratsmitglieder
M. Wolter, N. Heide, U. Appel, W. Müller, B. Kurth-
M. Hornhues, H. Lürßen, M. Freihorst, J. Klepatz, D. Janke –
E.Friesen, U. Schnaubelt, B. Punkenburg–
P. Heereman –
R. Tegtmeier –
H. Rühl, K.-T. Buddenbohm–

Vorsitzende Frau Sabine Tietjen vom Ortsamt Burglesum
Protokoll Frau Husen vom Ortsamt Burglesum

Gäste:

Herr Kai Stührenberg, Pressesprecher
Herr Jens Beuermann, Referent f. Innovation, Digitalisierung
Herr Peer Beyersdorff, Geschäftsführung / Breitbandzentrum Niedersachsen-Bremen
Herr Dirk Lübke, Deutsche Telekom Technik GmbH
Herr Kai-Oliver Bollmann, Deutsche Telekom Technik GmbH
Herr Jan Dierk Stolle, Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und
Wohnungsbau
Herr Karsten Nowak, Handelskammer Bremen
Herr Klaus Koch, Bauamt Bremen-Nord

*

Frau Tietjen eröffnet die 7. Sitzung des 20. Beirates Burglesum und begrüßt alle Anwesenden herzlich.

Frau Tietjen erklärt, dass zur Erstellung des Protokolls Tonbandaufnahmen angefertigt werden. Wer keine Aufnahme seines Wortbeitrages wünscht, wird um Mitteilung gebeten. Die Aufnahme wird dann unterbrochen.

Genehmigung der Tagesordnung:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde frist- und formgerecht verschickt.

Es liegt ein Antrag auf Änderung der Tagesordnung zu TOP 6.2 vor. Die SPD Fraktion hat ihren Antrag „Klimabudget des Beirates Burglesum zurückgezogen und sich dem gemeinsamen Antrag von Bündnis 902 / Die Grünen, CDU und LINKE angeschlossen.

Frau Tietjen schlägt unter diesem Aspekt vor, auf die Dringlichkeitsprüfung zu verzichten und den gemeinsamen Antrag (siehe Tischvorlage) unter TOP 6.2 zu beraten.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt. Auf Dringlichkeit wird verzichtet.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 10.12.2019

Beschluss (einstimmig bei einer Enthaltung)

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

Bürgerin A geht es um den Erhalt der nördlichen Lesum-Wiesen. Sie schlägt vor, dass der Beirat das Thema in einer Sitzung nochmals öffentlich berät.

TOP 3: Vorstellung des geplanten Breitbandausbaus in Burglesum

Frau Tietjen begrüßt Herrn Peer Beyersdorff vom Breitbandzentrum Niedersachsen-Bremen, Herrn Lübke mann und Herrn Bollmann von der Deutschen Telekom.

Die Herren stellen anhand einer Präsentation die Breitbandförderung im Ortsteil Burglesum vor. (siehe Anlage1)

Herr Bollmann von der Deutschen Telekom stellt uns das „Vectoring“ Verfahren vor.

Herr Tegmeier möchte wissen wie lange er ohne Netz ist, wenn die Umstellung vorgenommen wird.

Herr Lübke mann versichert, dass der Kunde gar nicht ohne Netz ist, da er sein Produkt behält. Der Anschluss wird nur auf Antrag des Kunden umgestellt. Der Kunde erhält Post an welchem Tag die Umstellung ist. Aber die eigentliche Umstellung ist eine Schaltminute und nicht zu merken.

Herr Heereman fragt, ob es mehrere Anbieter in Burglesum gibt, die Glasfaserkabel verlegen.

Herr Lübke mann kann nicht beantworten ob es mehrere Anbieter gibt die die Glasfaserkabel verlegen. Heute geht es um das Förderpaket Breitbandausbau für Deutschland.

Herr Heereman fragt warum der Kunde 50 MB Glasfaser bekommt obwohl 150 -200 geliefert werden könnten?

Herr Lübke mann teilt mit, das Ziel des Förderpakets war es mindestens 50 Mbs Glasfaser zu den genannten Adressen zu legen. Die Telekom darf durch Tiefbau die Glasfaser auslegen aber noch nicht nutzen.

Frau Schnaubelt bittet um Standortpläne der Verteilerkästen

Frau Tietjen erklärt, dass die Pläne im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens automatisch durch das Amt für Straßen und Verkehr verschickt werden.

Frau Wolter fragt wie viele Kästen aufgestellt werden.

Herr Lübke teilt mit, dass fünf Verteiler Kästen in Burglesum hinkommen werden.

Herr Klepatz möchte wissen, ob er als Nicht-Telekomkunde trotzdem von diesem Ausbau/Tiefbau profitiert.

Herr Klepatz fragt nach ob man die grauen Kästen in irgendeiner Form vom Werk aus farbig anstatt grau erhalten kann.

Herr Lübke möchte eine Kampagne anbieten, diese lautet „Aus Grau wird Bunt“. Hier gibt es Konzepte für Schulen und Kindertagesstätten. Hier können Kinder mit spezieller Farbe die Kästen bunt bemalen.

Herr Klepatz regt an, dass man mit den Schulen und Kitas über diese Möglichkeit nachdenkt.

Herr Hornhues fragt wie die weiteren Planungen in Bremen sind.

Herr Beyersdorff teilt mit, dass das Land Bremen nicht hinten, sondern sogar mit an vorderster Stelle steht, im Ländervergleich bei 50 Mb.

In der Zukunft spricht man von einem Graufleckenprogramm.

Herr Heereman fragt nach ob es in Bremen schon Endkunden gibt, die Glasfaser nutzen können.

Herr Beuermann empfiehlt hier einen Blick in den Breitbandatlas. Kann die Frage aber nicht konkret beantworten.

Herr Beyersdorff ergänzt, dass es sich hier um zwei paar Dinge handelt.

Punkt eins, wer surft in Bremen mit Gigabyte Geschwindigkeit. Wenn man die Länderrate sich anschaut steht Bremen auf dem Platz 2 oder 3.

93 % der Haushalte könnten theoretisch diese Gigabyte Geschwindigkeit nutzen.

Herr Heereman fragt ob es richtig ist, dass, wenn er schnelles Internet möchte, er erstmal zu Vodafone müsse.

Herr Beyersdorff erklärt, dass man auf dem Portal bei Vodafone nachschauen kann ob Vodafone bei dem Kunden ist. Denn Vodafone ist nicht dort wo die Telekom ausbaut, sonst dürften hier keine öffentlichen Mittel ausgegeben werden.

Herr Heide möchte noch einmal an das Projekt der grauen Verteilerkästen erinnern, und möchte dass der Beirat Burglesum hier einen Beschluss fasst.

Außerdem erklärt er zum Thema Funklöcher, dass wenn man den Bahnhof Burg verlässt das man immer in Höhe Grambke in ein Funkloch landet. Hier bittet **Herr Heide** um Abhilfe.

Herr Beyersdorff erklärt hierzu, dass, wenn z.B. zwei von drei Netzanbietern hier an dieser Stelle ein Funkloch haben, nicht von einem Marktversagen gesprochen wird.

Wenn ein Kunde sehr oft in Funklöchern ist, kann man hier nur raten, dass er den Anbieter wechselt.

Frau Wolter möchte hinzufügen, dass die Definition des Marktversagens anders gestaltet werden muss. Es kann nicht sein, dass der einzelne mit drei Handys von drei Anbietern in ganz Bremen rumlaufen muss, um Netzabdeckung zu haben.

Herr Rühl fragt, ob wir hier von 540 Haushalten in Bremen sprechen und wie hoch hier die Kosten wären.

Herr Lübke erklärt, dass das Gesamtvolumen des Förderpakets sich auf 2,6 Millionen beläuft. Davon sind 1,3 Millionen für die Stadt Bremen und 1,3 Millionen der Bund.

Herr Rühl fragt, wie viele Haushalte hier im Beiratsbezirk betroffen sind.

Herr Lübke kann keine einzelnen Zahlen hierüber nennen. Da man hier unterscheiden muss, ob es hier um Adressen oder Haushalte handelt. Auf Wunsch von Herrn Rühl wird diese Zahl nachgereicht.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis und begrüßt einen zügigen Ausbau.

Die neu zu installierenden Verteilerkästen an der Lesumbroker Landstraße sollten nach Aufstellung farbig gestaltet werden.

Das Ortsamt wird gebeten, hierzu Kontakt zu Schulen, Kindergärten und den zuständigen Fachbereichen aufzunehmen um ein entsprechendes Projekt ins Leben zu rufen.

TOP 4: Fortschreibung des kommunalen Zentren- und Nahversorgungskonzeptes

Frau Tietjen begrüßt Herrn Jan Dierk Stolle von der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, Herrn Karsten Nowak von der Handelskammer Bremen und Herrn Koch vom Bauamt Bremen Nord.

Frau Tietjen erinnert an den bisherigen Sachstand. In den letzten Jahren gab es zwei Vorhaben in Burglesum, die zunächst kritisch im Rahmen des aktuellen kommunalen Zentren- und Nahversorgungskonzept betrachtet wurden.

Es waren Ansiedlungen von zwei Verbrauchermärkten in Lesum Park und in der Bremerhavener Heerstraße. Befürchtete negative Auswirkungen auf das Stadtteilzentrum haben sich bislang nicht bestätigt.

Dennoch ist die Fortschreibung dieses Konzepts wichtig, nicht nur um Zentren weiterzuentwickeln und Bereich zu identifizieren, die unterversorgt sind, sondern auch die aktuellen Begebenheiten und Entwicklungen vor Ort zu berücksichtigen. Hierzu gehören auch die Positionen der Beiräte, die per se ein großes Interesse an einem gut versorgten und funktionierenden Stadtteil haben.

Herr Stolle schildert zunächst die Historie, mittels einer Präsentation (s. Anlage2) berichtet über den aktuellen Sachstand und bittet den Beirat bis März um eine Stellungnahme.

Herr Hornhues erklärt, dass der Beirat Burglesum den Endbericht eines Unternehmens vorgelegt bekommen hat. Herr Hornhues hat das Gefühl, dass man diesen Endbericht als Konzept nimmt. Das Resort müsste einen Entwurf vorlegen über den der Beirat sprechen könnte.

Burglesum hat zwei drei weiße Flecken. Der Versorger in der Richthofenstraße ist nicht mehr aktuell. Dort hat es einen Betreiberwechsel gegeben. Die Zahlen sind alle aus 2017. Der

Versorger ist zwar faktisch aufgeführt, erfüllt aber nicht das, was man sich von einem kleinen Supermarkt vorstellt.

Bei den großen unversorgten Flächen sieht das Konzept keine möglichen Entwicklungsflächen. In Grambke wird dem Beirat ein Nahversorger mit einem Grundstück von 4.000 bis 5.000 Quadratmeter empfohlen. Wo gibt es ein solches Grundstück in Grambke? Und wo gibt es das an dieser Grenze zwischen St. Magnus und Schönebeck? Was passiert, wenn im Rahmen einer Analyse festgestellt wird, dass es hier gar nichts gibt, oder auch nicht in absehbarer Zeit. Was wird dem Beirat für die Entwicklung bestehenden Nahversorger empfohlen?

Herr Stolle erläutert das Gutachten. Dieses Gutachten wurde nicht verändert. Das Gutachten ist Kernbestandteil der Beteiligung. Das hat zum einen Analysen zum anderen konzeptionelle Aussagen. Hier hoffte er aber auf Beteiligung in den Stellungnahmen. Das Konzept wird am Ende ein bisschen schlanker sein, aber die Kernelemente sind bereits drin. Der Analyseteil soll rausfallen und dann gibt es nur noch die Aussagen zu den Zentralversorgungsbereichen und zu Nahversorgung. Die Stellungnahme des Beirates wird sich darauf beziehen und wir werden damit fachlich umgehen und dass in ein Konzept überführen.

Herr Hornhues möchte wissen, ob es nur diesen Gutachterbericht gibt und kein Konzept.

Herr Stolle erklärt, dass dies so nicht ganz stimmt. Es ist immer ein Dreiklang mit den ebengenannten Petitionen und dem Gutachterbüro gemeinsam entstanden. Das ist jetzt der konsumierte Bericht den wir Ihnen vorlegen.

Herr Hornhues fragt, wie der Beirat mit den schraffierten Flächen umgehen soll.

Herr Stolle teilt mit, dass die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mit diesem Konzept (Gesamtstädtisches Entwicklungskonzept) an die Grenzen stoße. Nicht jede Fläche und Abgrenzung kann im Einzelnen angeschaut und benannt werden. Das muss der Markt selber machen. Dadurch kommen wir an die Grenzen des Konzeptes. Wir versuchen das jetzt in der Fläche, gerade für abgesetzte Siedlungen, so aufzufangen, dass wir die Standorte außerhalb der Zentren differenzierter anschauen und dann auch andere Funktionen geben.

Frau Tietjen fragt, ob es möglich ist, weil Fläche zur Versorgung in St. Magnus fehlt, dass der Verbrauchermarkt im Lesum Park größer werden könnte. Mit der Definition als Nahversorgungsstandort, fügt Herr Hornhues dazu.

Herr Stolle teilt mit, dass dies im Einzelfall sehr genau angeschaut werden muss. Das hat zum einen eine räumliche Komponente. Wir haben hier auch SPNV und Autobahnen in Richtung Süden. Wir wollen auch die Zentren schützen und haben einen richtig kräftigen Pol im westlichen Bereich. Diese Standorte muss man sich mit sehr viel Augenmaß anschauen.

Herr Nowack erklärt, dass die Nahversorgungsdefizite hier genannt worden sind. Es kann jetzt nur planerisch überlegt werden, wie mit dem Schulstandort „Alwin-Lonke-Straße“ umgegangen wird. Es können keine privaten Grundstücke verplant werden.

Es können auch keine Einzelhandelsunternehmer gezwungen werden sich in Grambke an zu siedeln.

Frau Tietjen fragt ob es im Bereich Burg-Grambke auf dem Areal der Alwin-Lonke-Schule perspektivisch möglich sei.

Herr Nowack bejaht das, es ist aber oft schwierig einen Investor für Grambke zu finden, der hinter die Bahn geht. Mit diesem Gutachten müssen die Investoren gelenkt werden, dass man das Grundstück anbietet. Als Beispiel auf Grundlage dieses Nahversorgungskonzeptes ist so ein Grundstück aus zu schreiben. Das wäre ein Arbeitsauftrag, den wir aus diesem Gutachten dann hätten.

Herr Heereman findet, dass der Edeka-Markt an der Charlotte-Wolff-Allee an der Realität vorbeigeplant hat. Und wenn man im Nachgang mit den Leuten spricht, heißt es: "das war das Konzept". Man wollte die Buchläden in der Hindenburgstraße davor schützen.

Wie kann man so einen Markt ausbauen, wenn man merkt, dass es einfach nicht reicht für das, was angenommen wird.

Frau Schnaubelt möchte die Bedarfe der Bevölkerung und das Kaufverhalten, denn dieses ist nicht in der Analyse mit reingeflossen, ansprechen. Sie fragt, wenn ein Markt gut angenommen wird, wie der Edeka Markt im Lesum Park, wieso sperrt man sich dagegen diesen zu vergrößern.

Herr Stolle erklärt, dass nur eine räumliche Steuerung möglich ist. Der Standort Charlotte-Wolff-Allee wurde größer genehmigt, als es das Gutachten belegt hat.

Herr Hornhues möchte Lösungen haben. Wenn der Beirat eine Stellungnahme abgeben soll, braucht er Angebote, wo gesagt wird, das könnte man sich vorstellen. Es sind drei oder vier Sachen über die wir immer diskutiert haben. In Grambke ist nie einer hingegangen, weil es vielleicht auch keine Fläche gibt. Im Zentrum gab es keinen der sich ansiedeln wollte, weil die Fläche nicht da war. Wenn wir keine Flächen haben, dann muss man dort wo Angebote da sind und angenommen werden, Anpassungen vornehmen dürfen.

Herr Stolle erklärt, man muss genau schauen bei den Standorten wie groß sie werden, weil sie sonst Kaufkraft aus anderen Bereichen abziehen und dann ist kein Potential mehr da.

Frau Schnaubelt vermisst bei dem ganzen Konzept, dass man nicht hinterfragt hat, welche Bevölkerungsschicht einkaufen geht. Sie kann sich nicht vorstellen, dass gerade in Lesum beim Fischgeschäft und auch beim Fleischer das gleiche Klientel einkaufen geht, wie in einem großen Supermarkt. Da gibt es keine Konkurrenz. Es eine andere Bevölkerung, die dort frischen Fisch bzw. Fleisch einkaufen geht. Wer nur Bio einkauft, kauft nicht bei Aldi, oder besser gesagt, kauft im Verhältnis weniger bei Aldi als im Bioladen. Sie fragt, ob so etwas berücksichtigt wird.

Herr Stolle wir steuern das räumlich, oder geben ein Bild vor, wie wir es räumlich steuern wollen. Welche Standorte wir positiv herausheben und welche wir schützen wollen. Und dann haben wir den Einzelhandel der sich unterteilt nach verschiedenen Sortimentsbereichen und der entsprechend unterschiedlich groß ist. Das ist aber auch alles, was wir steuern können. Wir können nicht im Detail hingehen und für jeden Standort schauen, wie genau der Einzugsbereich ist, wie viele Menschen da wohnen. Das kann das Konzept nicht abdecken.

Frau Wolter fragt sich, wie der Beirat mit dem Konzept umgehen soll.

Herr Stolle erklärt, das er Kommentare jeglicher Art benötigt, aber ungern die Diskussion eines Einzelfalles haben möchte.

Frau Appel möchte wissen, ob der Beirat eine Möglichkeit hat, an diesem Zentrenkonzept etwas zu ändern. Das ist 2017 aufgenommen worden. In der Charlotte-Wolff-Allee hat sich das Gebiet ganz anders entwickelt als zunächst geplant war. Es ist ein Wohngebiet geworden. Gleichzeitig wird in St. Magnus Am Rauchs Gut gebaut, die Wohnungen kommen noch. Es fehlt effektiv ein Nahversorger. Kann der Beirat einen Antrag auf Erweiterung des Zentrenkonzeptes stellen.

Herr Stolle erklärt, dass das in diesem Fall so nicht möglich ist. Es laufen gerade Gespräche über die Charlotte-Wolff-Allee parallel mit dem Bauamt, dem Eigentümer und die Investoren. Eine Erweiterung des Zentrums kommt natürlich nicht in Frage, das Zentrum Burglesum ist definiert, das ergibt sich aus Einzelhandelssicht städtebaulich. Sie können gerne darauf hinweisen das Angebote fehlen.

Herr Heereman möchte seine Unzufriedenheit nochmals zum Ausdruck bringen, dass dieses Konzept sehr stark in Richtung Baurecht geht. Wenn sich, wie im Lesumpark, einfach besondere Entwicklungen ergeben, dann hat der Beirat keine Eingriffsmöglichkeiten und das hält er für absolut inakzeptabel aus Sicht des Beirats.

Herr Stolle nimmt das Argument mit auf.

Herr Heereman teilt mit, dass nach seiner Meinung der größte Teil des Beirats der Auffassung ist, dass im Bereich der Charlotte-Wolff-Allee dieses Konzept nicht gegriffen hat, sondern klar versagt hat. Hier wird noch mal im Beirat gesprochen, wie man damit umgeht.

Herr Müller stellt fest, dass Herr Stolle eine hohe Fachkompetenz hat und in allen Richtungen überlegt hat und das Ergebnisse auf den Tisch liegen. Der Beirat hat nicht die gleichen Fachkenntnisse, dennoch stellt sich die Frage, wie groß der Einfluss des Beirates ist.

Herr Stolle erklärt, dass der Beirat gerne alles in die Stellungnahme packen darf. Wenn es Bedenken gibt, wo nachgebessert werden müsste.

Herr Hornhues hat die Erfahrung gemacht, dass überall da wo der Beirat Anpassungen vornehmen wollte (kleinteilig), ausgebremst wurde. Der Beirat hätte gerne bei dem Edeka der Charlotte-Wolff-Allee den Getränkemarkt mit dem Lebensmittelmarkt vereint. Das war aber nicht möglich, weil es nicht ins Konzept passte. Er schlägt daher vor, ganz bewusst einen Beschluss mit ein paar Prüfaufträgen zu formulieren. In der März-Sitzung kann man dann einen weitergehenden konkreten Beschluss aufgrund dieser ersten Information fassen.

Beschluss: (einstimmig)

Der Beirat Burglesum nimmt den abgestimmten Gutachterbericht zur Kenntnis.

Er erwartet, dass das neue Zentren- und Nahversorgungskonzept eine Erweiterung als besonderen Nahversorgungsstandort (BNVS) des Verbrauchermarktes in der Charlotte-Wolff-

Allee ermöglicht. Der Lesum Park ist nicht, wie ursprünglich vorgesehen, maßgeblich geprägt von Gewerbebetrieben, sondern hat sich zu einem attraktiven Wohnquartier für alle Generationen entwickelt, in dem sich neben dem Verbrauchermarkt auch ein Ärztehaus, Apotheke, Café etc. angesiedelt hat. Darüber hinaus übernimmt der Standort mittlerweile auch eine Versorgungsfunktion für den unterversorgten Ortsteil St. Magnus.

Er bittet die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau und die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa in Zusammenarbeit mit der Handelskammer um eine Konkretisierung eines geeigneten Standortes (im Bereich des geplanten Haltepunktes des RS 1) für einen Verbrauchermarkt im Ortsteil Burg-Grambke. In diesem Zusammenhang ist auch das Areal des Schulzentrums an der Alwin-Lonke-Straße fachlich zu prüfen.

Er bittet außerdem darum, im westlichen Stadtteilzentrum und St. Magnus Flächen zu identifizieren, auf denen Nahversorger in den heute nachgefragten Größen angesiedelt werden könnten.

TOP 5: Änderung der Geschäftsordnung des Beirates Burglesum

Frau Tietjen erklärt, dass die Vorlage mit der Einladung zur Beiratssitzung verschickt wurde.

Herr Rühl bittet um es eine kurze Stellungnahme vom Beiratssprecher.

Herr Hornhues teilt mit, dass juristische Entscheidungen anhängig sind. Der Beirat hatte daher eine Vertagung vorgenommen. Allerdings fehlt dem Beirat zwar immer noch die juristische Entscheidung, aufgrund der Geschäftsordnung, er aber trotz dieser Unsicherheit jetzt abstimmen muss. Sollte ein gerichtlicher Beschluss lauten, dass in der alten Geschäftsordnung alles in Ordnung war, wird man zur alten Geschäftsordnung zurückkehren.

Beschluss: (16 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

Die Geschäftsordnung des Beirates Burglesum vom 02.07.2019 wird wie folgt geändert:

Streichung von § 6, Absatz 2, Satz 3: „Einem Antrag auf geheime Abstimmung ist stets stattzugeben.“

Die Neufassung des § 6, Absatz 2 lautet:

„Abstimmungen erfolgen in der Regel offen durch Handzeichen. Auf Verlangen ist die Gegenprobe zu machen.“

Begründung:

Abstimmungen über Sachfragen finden grundsätzlich offen statt, das gebietet der Öffentlichkeitsgrundsatz (§ 25 Abs. 1 BeirOG). Die politische Willensbildung muss für die Bürgerinnen und Bürger auch auf Beiratsebene nachvollziehbar und transparent sein. Durch die offene Abstimmung sollen die Bürgerinnen und Bürger im Publikum sehen können, welche Beiratsmitglieder wie abstimmen.

Eine Ausnahme von der öffentlichen Abstimmung ist nur in seltenen Ausnahmefällen zulässig, wenn das öffentliche Wohl oder das berechnigte Interesse eines Einzelnen dies erfordert, beispielsweise wenn der Beirat bei einer offenen Abstimmung in einer nicht zu rechtfertigenden Weise in der Freiheit seiner Willensbildung und -kundgabe gehindert wäre.

Werden Beschlüsse ohne hinreichenden Grund geheim gefasst, führt dies zu deren Rechtswidrigkeit.

Das Öffentlichkeitsprinzip kann auch nicht durch eine Geschäftsordnung umgangen werden, da es sich hierbei um ein höherrangiges Recht handelt.

TOP 6: Anträge

TOP 6.1 „Bewusstsein für den Wert von Nützlingen aus dem Tierreich durch Straßennamen dauerhaft stärken“ (FDP)

Frau Tietjen erklärt, dass der Antrag mit der Einladung verschickt wurde.

Herr Heereman findet, um das Bewusstsein für den Nutzen von Bienen zu stärken, wäre es nicht das schlechteste, Straßen nach Tiernamen zu benennen. Herr Heereman freut sich über jede Zustimmung.

Herr Hornhues erklärt, dass der Beirat Burglesum wenige Möglichkeiten hat, tatsächlich etwas zu bestimmen. Straßennamen gehören dazu. Mit dem vorliegenden Antrag wird der Beirat eigentlich so extrem eingengt, dass er sich jeglicher Freiheiten beraubt.

Beschluss: (15 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

1. *Bei der konkreten Benennung sind neben Landschaftsbezeichnungen und Namen von Personen auch niederdeutsche Bezeichnungen sowie ebenfalls Tier- und Pflanzennamen mit in die Abwägung zu nehmen.*
2. *Die Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen im Stadtteil Burglesum wird in jedem Einzelfall nach ausführlicher Beratung beschlossen.*
3. *Bei neuen Straßenschildern sind grundsätzlich erläuternde Zusatzschilder vorzusehen. Bei Ersatz bestehender Straßenschilder ist ebenso zu verfahren.*

TOP 6.2: „Klimabudget des Burglesumer Beirates“ (SPD)

Frau Tietjen erklärt, dass die SPD ihren Antrag zurückgezogen hat. Es gibt einen gemeinsamen Antrag als Tischvorlage.

Frau Schnaubelt teilt mit, dass die Vergabe von Globalmitteln vom gesamten Beirat entschieden wird. Der Beirat will seinen Beschluss von damals umsetzen und bei der Begutachtung und Erörterung der eingegangenen Anträge auch der Umwelt und Klimaschutz besonders bewerten und besonders berücksichtigen. Weiterhin aber auch sozialer Anträge fördern.

Herr Heereman merkt an, dass jeder Antrag auf Globalmittel gleichviel Wertschätzung haben muss, nicht nur die Anträge des Umwelt- und Klimaschutzes.

Herr Rühl schließt sich den Ausführungen von Herrn Heereman an.

Beschluss: (14 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen)

Der Beirat Burglesum wird bei der Vergabe seiner Globalmittel den Beschluss zum Umwelt- und Klimaschutz vom 10.12.2019 umsetzen. Bei der Begutachtung und Erörterung der eingegangenen Anträge werden diese auf ihre Relevanz (oder ihren Beitrag) zum Umwelt- und Klimaschutz bewertet und verstärkt berücksichtigt.

Das Ortsamt wird hierzu einen geeigneten Hinweis auf seiner Internetseite veröffentlichen.

Begründung:

Der Beirat Burglesum setzt damit seinen Beschluss zum Umwelt- und Klimaschutz vom 10.12.2019 konsequent um. Er möchte, dass durch diese Maßnahme mehr umwelt- und klimaförderliche Projekte gefördert werden können. Er will aber auch aus sozialen oder anderen Aspekten heraus nicht ausschließlich Umwelt- und Klimaschutz unterstützende Anträge berücksichtigen.

TOP 7: Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Frau Tietjen gibt den Hinweis über den Newsletter des Ortsamtes. Anmeldung erfolgt über die Internetseite des Ortsamtes.

Terminverschiebung der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Kultur und Gesundheit vom 06.02.2020 auf den 03.03.2020.

TOP 8: Mitteilungen des Beiratssprechers

Herr Hornhues gibt Informationen über die gestrige Beirätekonferenz. Thema: Ein Bericht über Wohnen in Nachbarschaften (WIN).

Von den vielen hunderten Projekten, die durch die WIN-Mittel gefördert wurden, gab es nur 1 % von Projekten, die einen Klimabezug hatten.

TOP 9: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten

9.1: Herr Friesen

Auf dem Parkplatz am Klostermühlenweg sind Müllablagerungen. Wahrscheinlich werfen hier parkende Fahrzeugführer ihren Müll aus dem Auto.

9.2: Herr Friesen beschwert sich über die Müllbehälter im Stadtteil. Sammler von Pfandflaschen würden diese unten öffnen und der Müll liegt auf dem Boden. Der Verschluss ist zu leicht zu öffnen.

- 9.3:** **Herr Friesen** bedankt sich bei den Landwirten, die auf der Bremerhavener Landstraße gefahren sind. Bei der Größe der Traktoren könnte man für die armen Landwirte sammeln gehen. Unser Klima haben sie stark verbessert durch ihre Durchfahrt, ein voller Erfolg für unser Klima.
- 9.4:** **Herr Heereman**
Informationsbedarf zum Thema Recycling. Stand der Zeitung war die Recyclinghöfe von 15 auf 5 zu reduzieren. Laut Umweltressort soll an etwas gearbeitet werden, welches dem Beirat dann vorgestellt wird.
Herr Heereman fragt, an was gearbeitet wird, wann die Ergebnisse zu erwarten sind und wann bezieht man den Beirat Burglesum mit ein.
- 9.5:** **Herr Klepatz** erwartet immer noch die schriftlichen Unterlagen von Frau Wolff aus dem letzten Bildungsausschuss. Er erwartet vom Ortsamt, dass diese schnellstmöglich eingefordert werden.
- 9.6:** **Herr Heide** teilt mit, dass an der Oberschule Lesum Fenster mit Spanplatten versiegelt wurden.
- 9.7:** **Herr Heide** informiert, dass es an der Ausfahrt Rotdornallee A270 verstärkt zu Rückstauungen kommt.

Ende der Sitzung um 21:30 Uhr.

gez. Tietjen
Vorsitzende

gez. Hornhues
Sprecher des Beirates

gez. Husen
Protokoll